

Stand: 07.05.2026 09:12:40

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/3048

"Zustimmung des Landtags zur Berufung eines Mitglieds der Staatsregierung"

Vorgangsverlauf:

1. Beschluss des Plenums 17/3048 vom 16.09.2014
2. Plenarprotokoll Nr. 24 vom 16.09.2014
3. Plenarprotokoll Nr. 24 vom 16.09.2014



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Zustimmung des Landtags zur Berufung eines Mitglieds der Staatsregierung

Der Berufung von

Frau Ulrike Scharf

**zur Staatsministerin
im Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz**

durch den Ministerpräsidenten wird gem. Art. 45 der Bayerischen Verfassung die Zustimmung erteilt.

Die Präsidentin

Barbara Stamm

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm
Staatsministerin Ulrike Scharf

Präsidentin Barbara Stamm: Die Bayerische Verfassung schreibt in Artikel 56 vor, dass sämtliche Mitglieder der Staatsregierung vor ihrem Amtsantritt vor dem Landtag den Eid auf die Verfassung zu leisten haben.

Vereidigung

der Staatsministerin für Umwelt und Verbraucherschutz

Ich darf nun Frau Staatsministerin Ulrike Scharf zur Abnahme des Eides zu mir bitten. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben. –

(Die Anwesenden erheben sich)

Frau Staatsministerin, ich spreche Ihnen jetzt die Eidesformel vor und bitte Sie, mir diese nachzusprechen. Wie Sie mir bereits mitgeteilt haben, wollen Sie den Eid mit dem Zusatz "so wahr mir Gott helfe" bekräftigen. "Ich schwöre Treue der Verfassung des Freistaates Bayern, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten, so wahr mir Gott helfe."

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Ich schwöre Treue der Verfassung des Freistaates Bayern, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten, so wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin Scharf, ich stelle fest, dass Sie den von der Verfassung vorgeschriebenen Eid ordnungsgemäß geleistet haben. Ich darf Ihnen persönlich, aber auch im Namen des Hohen Hauses alle guten Wünsche mit auf den Weg geben. Viel Kraft, viel Mut, viel Optimismus, gutes Gelingen und eine gute Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Landtag! Alles Gute für Sie!

(Staatsministerin Ulrike Scharf: Herzlichen Dank! – Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte nun die Sitzung für fünf Minuten unterbrechen, damit Sie Zeit zum Gratulieren haben. Ich darf auch die Familie von Frau

Staatsministerin Scharf ganz herzlich begrüßen. Herzlich willkommen, wir freuen uns mit Ihnen.

(Unterbrechung von 14.57 bis 15.05 Uhr)

Darf ich Sie bitten, die Plätze wieder einzunehmen? - Ich möchte die Sitzung wieder aufnehmen.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Ministerpräsident Horst Seehofer

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Thomas Kreuzer

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Margarete Bause

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Zustimmung

zur Berufung eines Mitglieds der Staatsregierung nach Art. 45 der Bayerischen Verfassung

Hierzu darf ich dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich darf dem Hohen Hause ein neues Mitglied der Bayerischen Staatsregierung vorschlagen. Ich berufe Frau Ulrike Scharf, Mitglied des Bayerischen Landtags, zur Staatsministerin für Umwelt und Verbraucherschutz. Ich bitte das Hohe Haus um Zustimmung zu diesem Vorschlag.

Gleichzeitig danke ich dem Vorgänger an der Spitze des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz, Herrn Staatsminister Dr. Marcel Huber, für seine kompetente Arbeit in diesem Ressort. Ich greife heraus: Seine herausragenden Leistungen bei der Hochwasserkatastrophe im vergangenen Jahr werden den Menschen in Bayern immer in Erinnerung bleiben.

(Beifall bei der CSU – Beifall bei Abgeordneten der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Nun ist er Leiter der Staatskanzlei und Staatsminister – das bleibt unverändert – für Bundesangelegenheiten und Sonderaufgaben.

(Inge Aures (SPD): Sauber!)

Ich möchte bei dieser Gelegenheit der am 1. September dieses Jahres zurückgetretenen Staatsministerin Christine Haderthauer danken. Sie hat für den Freistaat Bayern und für die Menschen in diesem Lande in fünf Jahren als bayerische Sozialministerin

und in knapp einem Jahr als Leiterin der Bayerischen Staatskanzlei vorzügliche Leistungen erbracht. Dafür ein "Vergelts Gott!"

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich dem Dank des Ministerpräsidenten an Frau Staatsministerin Haderthauer anschließen und ihr für das Hohe Haus sehr herzlich danken für das, was sie für Bayern, für das Land und auch darüber hinaus geleistet hat.

Ebenso darf ich einen ganz herzlichen Glückwunsch zur Berufung des Herrn Staatsministers Marcel Huber aussprechen. Er leitet nun die Bayerische Staatskanzlei, eine Wirkungsstätte, wo er schon einmal gewesen ist, mit all dem, was damit noch verbunden ist. Wir kennen Ihre Zuverlässigkeit, und wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Ihnen. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute für Sie!

(Beifall bei der CSU – Beifall bei Abgeordneten der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass wir jetzt zur Aussprache kommen, und haben sich auf eine Redezeit von 10 Minuten pro Fraktion geeinigt. Als Erstem darf ich Herrn Kollegen Rinderspacher für die SPD das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Rinderspacher (SPD): Sehr verehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ministerpräsident hat heute den fünften Staatskanzleiminister und die dritte Umweltministerin innerhalb von sechs Jahren benannt. Ein Staatskanzleiminister in der Regierung von Horst Seehofer war bislang durchschnittlich 480 Tage im Amt. Kein Bayerischer Ministerpräsident vor Horst Seehofer und keine andere Landesregierung in der Bundesrepublik Deutschland hat in so kurzer Zeit so viele Staatskanzleiminister verschlissen wie Herr Seehofer. Die Diskontinuität

ist das einzig Kontinuierliche an der Politik dieses Ministerpräsidenten. Das war so, das ist so, und das bleibt so.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Eine Nachbesetzung der Stelle von Frau Haderthauer wäre aus unserer Sicht nicht notwendig gewesen. Ihre Aufgaben hätten ohne Weiteres auch einem anderen Ressort zugeschlagen werden können. Tatsächlich gibt es jetzt eine Doppelspitze mit zwei Ministerinnen in der Staatskanzlei. Das gibt es sonst nirgendwo, in keinem anderen Bundesland.

Und noch eine Bemerkung: Es gab Zeiten, da war auch in Bayern die Spitze der Staatskanzlei lediglich mit einem Staatssekretär besetzt. So funktioniert es auch bis heute in einer Reihe von anderen Bundesländern.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Horst Seehofer)

Meine Damen und Herren, Marcel Huber war bereits einmal für 275 Tage Chef der Staatskanzlei. Wir wünschen Ihnen, Herr Huber, ein glückliches Händchen. Wir trauen Ihnen zu, dass Sie dieses Amt gewissenhaft ausüben, und wir wünschen Ihnen viel Erfolg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Wir formulieren aber auch ein klares Anforderungsprofil, dem Ihre Vorgänger nicht immer genügten. Leider verstand Herr Seehofer die Staatskanzlei in den letzten Jahren entgegen anderslautenden Bekundungen häufig als zweite CSU-Parteizentrale. Immer wieder war die Staatskanzlei in fragwürdige Vorgehensweisen verstrickt. Siegfried Schneider hatte Umfragen auf Kosten des Steuerzahlers zum Nutzen der CSU in Auftrag gegeben. Wir haben alle noch die Tipps der Demoskopen in lebendiger Erinnerung, wie die CSU in der Regierung die FDP als politischen Gegner zu bekämpfen habe. Herr Kreuzer hatte 2013 vorgegeben, die Verwandtschaftsaffäre innerhalb des Kabinetts Seehofer detailliert und gewissenhaft überprüft und untersucht zu haben,

und wie schon bei seinem Vorgänger brauchte es den Bayerischen Verfassungsgerichtshof, um aufzudecken, dass diese Untersuchung nur vorgetäuscht war. Auch hier wieder das Gleiche: offensichtlich ein politisches Ablenkungsmanöver innerhalb des Landtagswahlkampfes.

Frau Haderthauer ist bereits angeschlagen ins Amt gekommen. Die wesentlichen Details zur sogenannten Modellauto-Affäre waren bereits im Herbst 2013 veröffentlicht und bekannt und politisch zu bewerten. Der Ministerpräsident hat dennoch von einer Berufung ins Kabinett nicht abgesehen – ein folgenreicher Fehler, wie er heute einräumen muss.

Wir fordern auch hier und heute, dass der Bayerische Verfassungsgerichtshof die Staatskanzlei nicht alle 16, 18 Monate bei verfassungswidrigem Verhalten erwischt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir bauen da auf Sie, Herr Huber, und wir sagen noch einmal: Sie werden dieses Amt sicher gewissenhaft ausüben.

(Beifall bei der SPD)

Neben der Nichtbesetzung hätte es auch eine zweite konsequente Möglichkeit der Erneuerung gegeben, nämlich eine größere Kabinettsumbildung. Zahlreiche Mitglieder dieses Kabinetts sind bereits nach elf Monaten in dieser Legislaturperiode angezählt, einige infolge der Verwandtschaftsaffäre – diese soll heute hier kein Thema sein –, andere aus inhaltlichen Gründen: Herr Spaenle wurde von der Opposition erwischt, wie er mehr als 800 Lehrerstellen heimlich, still und leise streichen wollte. Frau Merk hängt noch immer die Affäre Mollath in den Kleidern. Herr Eck verantwortet die Kostenexplosion beim Digitalfunk. Frau Aigner kommt bei der Energiewende nicht wirklich aus den Startlöchern. – Meine Damen und Herren, nach diesem verkorksten Start in die Legislaturperiode und einem verlorenen ersten Jahr für den Freistaat Bayern wäre ein Neuanfang wirklich wünschenswert gewesen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ein großes Fragezeichen steht zunächst hinter der Ernennung von Frau Scharf als Umweltministerin. Nicht nur die bayerische Öffentlichkeit war verwundert, auch viele Kolleginnen und Kollegen aus der CSU-Fraktion waren sichtlich irritiert und haben ihre Irritation auch in den Medien öffentlich kundgetan.

(Zurufe von der CSU)

– Wollen Sie die Zitate?

(Zurufe von der CSU: Ja!)

Tatsächlich ist Frau Scharf bislang nicht durch umweltpolitische Initiativen, durch größeres Interesse an der Materie oder durch besonderes Know-how diesbezüglich aufgefallen.– In Umwelt- und Klimaschutz – ich hoffe, es ist nicht unhöflich, wenn ich das so formuliere –, ist sie bislang ein völlig unbeschriebenes Blatt. Meine Damen und Herren, wie müssen sich eigentlich jene Experten in der CSU-Fraktion vorkommen, die das Thema Umwelt- und Klimaschutz seit Jahren bearbeiten und jetzt ohne Not übergangen werden? Ich hätte mir im Übrigen auch vorstellen können, dass man auf einen Fachmann aus dem Deutschen Bundestag aus Ihren Reihen zurückgreift, auf den CSU-Umweltexperten Josef Göppel. Dieser anerkannte Experte war schon für den Atomausstieg, als die CSU davon noch überhaupt keine Ahnung hatte, und ist zum Beispiel auch ein ausgewiesener Kritiker der Abstandsflächen zur Windenergie hier in Bayern. Das wäre ein unabhängiger Kopf gewesen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der CSU-Umweltexperte Göppel kam aber aus mehreren Gründen nicht infrage: Er ist erstens zu unbequem; Herr Seehofer umgibt sich lieber mit Ja-Sagern. Er ist zweitens männlich. Er ist drittens Mittelfranke und nicht Oberbayer. Es gibt noch ein weiteres Kriterium: Der Ministerpräsident legt bekanntlich großen Wert darauf, dass die Fachexpertise, die Lebensweisheit und die Reife der über 60-Jährigen in seinem Kabinett nicht vorkommen. Auch das war ein Ausschlusskriterium; wir erinnern uns noch an die

altersbedingte Entlassungswelle in der letzten Legislaturperiode mit Herrn Huber, Herrn Goppel, Herrn Bernhard, Herrn Sinner, Herrn Miller, Frau Stewens und anderen.
– Meine Damen und Herren, dieser Ministerpräsident wählt sein politisches Spitzenpersonal offensichtlich anhand vieler sachfremder Kriterien. Das ist nicht gut für Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten uns auch vorstellen können, dass gerade im Umweltministerium eben nicht das Parteibuch oder der Regionalproporz die zentrale Rolle spielen, sondern dass die Position im Zweifelsfall mit einem Experten ohne CSU-Parteibuch besetzt wird.

Frau Scharf, zu Ihren vordringlichsten Aufgaben als neue Umweltministerin wird gehören, die Klimaschutzziele in Bayern zu erhöhen, die Feinstaubbelastung in den Städten zu reduzieren, den Flächenfraß zu bremsen und die Bahn und den ÖPNV dabei zu unterstützen, auf umweltfreundliche Antriebe umzustellen. Bei aller Sympathie und Wertschätzung für Ihren Vorgänger: Er hat Ihnen hier einige offene Baustellen hinterlassen.

Meine Damen und Herren, für die neue Regierung wird sich als echtes Problem herausstellen, dass die neue Umweltministerin als örtliche Abgeordnete die dritte Startbahn am Münchner Flughafen ablehnt. Wir haben also eine Regierung, die mit zwei Stimmen spricht: Frau Aigner als Wirtschaftsministerin sagt im Kabinett: Ja, wir brauchen die Startbahn. Die Umweltministerin sagt: Nein, Ilse, so geht das nicht, wir benötigen sie auf keinen Fall.

Meine Damen und Herren, wir stehen für alles und für nichts. Das wird nun auch offiziell zum obersten Prinzip dieser Staatsregierung erhoben. Die CSU ist dafür und dagegen zugleich. Beim Thema Flughafen wird das künftig sowohl die Wirtschaft als auch die Umweltverbände verunsichern, verärgern und gegen Sie aufbringen. Sie setzen sich damit politisch zwischen alle Stühle. Parteipolitisch soll uns das recht sein, aber eine in sich konsistente Politik für Bayern ist das gewiss nicht.

(Beifall bei der SPD)

So schaffen Sie mit jedem Tag, Herr Ministerpräsident, für Ihren Nachfolger weitere Probleme und offene Baustellen. Ihr Nachfolger wird sehr viele Aufräumarbeiten zu bewerkstelligen haben, und bis dahin vergeht wertvolle Zeit. Für Bayern kann das nicht gut sein.

Für Sie, Frau Scharf, gilt selbstverständlich die parlamentarische Einarbeitungszeit von 100 Tagen, die sogenannte Schonfrist. Nehmen Sie sich die Zeit! Ich meine das auch sehr ernst; denn ein fulminanter Medienstart zu Beginn eines Amtsantrittes deutet nicht immer auf eine tatsächliche exekutive Tatkraft hin, wie wir das bei Frau Müller gesehen haben. Sie hatte bereits beim Amtsantritt Sofortmaßnahmen, Kapazitätserweiterungen für die bayerischen Flüchtlingsunterkünfte angekündigt. Es war damals von November, Dezember 2013 die Rede. Mittlerweile haben wir September 2014, und dem guten Medienstart ist kein Regierungshandeln gefolgt.

(Zuruf von der CSU: Das ist eine Frechheit! – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Unverschämt!)

Wir wünschen Ihnen Frau Scharf, ein glücklicheres Händchen, als es den anderen Kabinettsmitgliedern zuletzt vergönnt war. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die CSU-Fraktion darf ich jetzt dem Herrn Kollegen Kreuzer das Wort erteilen. Bitte schön.

Thomas Kreuzer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus! Herr Rinderspacher, der Beitrag war derart unterirdisch, dass es einem schwer fällt, darauf zu antworten. Dies will ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe in diesem Haus bereits viele Besetzungen im Kabinett erlebt, aber so etwas habe ich noch nie gehört. Ihre Rede zeigt den vollkommenen Verfall der Opposition unter moralischen Gesichtspunkten.

(Beifall bei der CSU)

Sie wissen langsam nicht mehr, was Diskussionen zur Sache sind, sondern es geht Ihnen nur darum, Personen schlechtzureden und "herunterzumeiern", meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Dummes Zeug ist das!)

Und dann ist alles widersprüchlich. Zunächst bedauern Sie, dass der Staatskanzleichef so oft gewechselt hat, das sei nicht gut für das Land. Anschließend sagen Sie, die Position sei überhaupt nicht notwendig, man müsste sie gar nicht mehr besetzen. Ihnen fällt nicht einmal auf, dass es nicht zusammenpasst, wenn man zunächst sagt: Die Aufgabe kann wegen häufiger Wechsel nicht erfüllt werden, sie ist wichtig für das Land, aber man braucht sie eigentlich überhaupt nicht. Das zieht sich durch Ihre Ausführungen, und dies zeugt von dem messerscharfen Verstand, mit dem Sie die Dinge analysieren und insgesamt auch Politik machen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Der Minister in der Staatskanzlei hat eine Schlüsselposition in Bayern, auch in der Koordination mit Berlin – er ist ja auch dort zuständig. Er muss mit den Fraktionen den Kontakt halten. Sie haben bedauert, dass das bisher nicht so der Fall gewesen sei. Sie wollen dies in Zukunft besser, also benötigen Sie den Staatskanzleiminister auch dazu. Er hat eine wichtige Schlüsselfunktion in diesem Land.

Und Sie kritisieren, es seien zwei Minister. Wahrscheinlich haben Sie die Geschäftsverteilung in der Staatskanzlei noch nie angesehen. Eine Ministerin ist für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen zuständig. Früher, meine Damen und Herren, hatten wir hierfür ein eigenes Ministerium. Das will ich schon einmal gesagt

haben. Nun haben wir dies, natürlich auch zur Verschlinkung, in die Staatskanzlei integriert. Es sind aber ganz verschiedene Aufgaben, und glauben Sie mir – ich spreche aus Erfahrung –: Das ist gemeinsam überhaupt nicht zu leisten. Sie können nicht gleichzeitig in Brüssel, in Berlin sein und die Dinge in Bayern koordinieren. Das ist ein absurder Vorschlag, der davon zeugt, dass Sie keine Ahnung von dem Aufgabenbereich haben.

(Beifall bei der CSU)

Warum ist so oft gewechselt worden? – Ich will Herrn Professor Oberreuter sinngemäß dazu zitieren. Er hat auf die Frage, ob dies irgendetwas mit der Schwäche der Staatsregierung zu tun habe, im Fernsehen gesagt: Die Leute seien eben alle für wichtige Aufgaben gebraucht worden. So ist das, Herr Rinderspacher.

(Heiterkeit und Zurufe von der SPD)

Das sind Personen, die vielseitig einsetzbar sind, und sie können natürlich, wenn sie anderweitig gebraucht werden, auch anderweitig verwendet werden. – Dann haben Sie in ein paar Sätzen in Schlagwortform das ganze Kabinett "heruntergemeiert". Ich kann verstehen, dass Ihnen das nicht passt. Nehmen Sie aber zur Kenntnis: Dies ist die erfolgreichste Regierung eines Landes in ganz Deutschland, und die Ergebnisse zeigen das auch.

(Beifall bei der CSU)

Bezüglich der Kollegin Scharf sage ich Ihnen: Es bringt nichts, ihr eine 100-Tage-Frist einzuräumen – früher war es üblich, dass ein Minister 100 Tage hatte –, aber sie bereits vor der Vereidigung hier als ungeeignet "herunterzumeiern", Herr Rinderspacher, das ist nicht die Fairness, die wir an den Tag legen müssen.

(Beifall bei der CSU)

Sie sprechen von einer Schonfrist von 100 Tagen. Das ist ein Lippenbekenntnis; die Verächtlichmachung erfolgt nämlich sofort. Das ist kein guter Stil,

(Zurufe von der SPD)

und das hat es früher, soviel ich weiß, auch nicht gegeben. – Wenn ich mir Ihre Vorschläge zur personellen Besetzung des Umweltministeramts anhöre, wundert es mich nicht, dass die SPD so erfolglos ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Nun zu den beiden Ministern. Marcel Huber hat seine Arbeit erfolgreich, hervorragend gemacht. Ich kann das beurteilen; denn ich war sein Nachfolger, und als solcher sieht man natürlich, was der Vorgänger gemacht hat. Er wird ein hervorragender Staatsminister in der Staatskanzlei werden, der die Politik in Bayern koordiniert und den Kontakt zum Landtag und den Fraktionen aufrechterhält. Ich bin ganz sicher, er ist eine sehr gute Besetzung. Die CSU-Fraktion wird ihn unterstützen. – Lieber Kollege Huber, alles Gute und viel Erfolg in diesem Amt!

(Beifall bei der CSU)

Die Besetzung des Umweltministeriums mit der Kollegin Scharf ist eine ebenfalls sehr gute Lösung. Sie gehört bereits zum zweiten Mal dem Landtag an – das erste Mal nicht die gesamte Legislaturperiode – und verfügt somit über parlamentarische Erfahrung. Sie bringt auch Führungserfahrung mit. Sie ist die Vorsitzende der Bayerischen Wasserwacht, eines großen Verbands. Dieser befasst sich mit Umweltthemen, beispielsweise mit der Gewässerqualität. Sie führt innerhalb der CSU einen Verband, der einer der größten in Deutschland ist.

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

– Selbstverständlich ist das so. Von der Wasserwacht wurde ein Wasserqualitäts-Monitoring für die bayerischen Badeseen in Auftrag gegeben. Meine Damen und Herren,

noch wichtiger ist, dass sie aus einem mittelständischen Unternehmen stammt und geschäftsleitende Verantwortung übernommen hat. Ich bin sicher, dass sie dieses Amt gut bekleiden wird.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann mich daran erinnern, dass alle bayerischen Umweltminister, die wir in den letzten Jahren berufen haben, bei Ihnen keine Chance hatten. Markus Söder war fachfremd und hat keine Ahnung gehabt. Er hat seine Sache jedoch gut gemacht. Marcel Huber ist ebenfalls abgelehnt worden. Inzwischen sagt man, dass er sein Amt hervorragend ausführt. Ich bin sicher, dass auch Ulrike Scharf dieses Amt gut ausfüllen wird.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir werden sie bei dieser Tätigkeit zum Wohle des Freistaats Bayern unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER erteile ich Herrn Kollegen Aiwanger das Wort. – Bitte schön, Herr Kollege.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Normalerweise hätten wir noch Sommerpause. Die Regierung hat jedoch bis zuletzt versucht, davon abzulenken, dass wir Entscheidungen brauchen. Es hat geheißen, die Affäre Haderthauer sei keine, sondern Sommertheater, die Staatsregierung sei handlungsfähig, Frau Haderthauer habe das volle Vertrauen des Ministerpräsidenten, es würde reichen, diese Vorwürfe Ende September aufzuarbeiten.

Es war gut, dass die Opposition in Bayern zu Ihrer Entscheidungsfindung beigetragen hat. Wir haben Ihnen etwas Feuer gemacht, um Dinge auszuräumen, die ansonsten weitergetragen worden wären. Wir müssten uns sonst in den nächsten Wochen und Monaten mit der Modellbau-Affäre auseinandersetzen, obwohl wir riesige politische

Aufgaben bewältigen müssen. Insofern halte ich es für richtig, heute in einer Sondersitzung zusammenzukommen.

Es ist ebenfalls richtig, heute zu definieren, was wir von einer künftigen Regierungsbesetzung und ihrer Ausrichtung erwarten. Wir sind der Meinung, dass die Kabinettsumbesetzung, die am Ende unvermeidlich gewesen ist, durchaus die Chance geboten hätte, Strukturen neu zu ordnen. Es wäre einen Gedanken wert gewesen, die Aufgaben in der Hand eines bewährten Mannes wie Herrn Huber weiterzuführen. Die frei werdende Position hätten wir für ein eigenes Energieministerium verwenden können. Ich bin nach wie vor der Überzeugung, dass gerade auf diesem Feld sehr viel zu tun ist. Dieses Themenfeld müsste dringend mit einem eigenen Ministerium belegt werden. Das ist dringender denn je. Sie sehen die Ziellosigkeit, mit der in den letzten Monaten agiert worden ist: "Wir brauchen die Trasse." "Wir brauchen die Trasse nicht." "Wir brauchen die Trasse so nicht." "Wir brauchen dringend Pumpspeicherkraftwerke." "Wir brauchen keine Pumpspeicherkraftwerke." – Auf der anderen Seite sehe ich im Wirtschaftsministerium sehr viele andere Aufgaben, die eine Person voll fordern würden. Ich nenne an dieser Stelle das Stichwort Tourismus. Wir stellen fest, dass dort politisch zu wenig passiert. Der Tourismus hatte in Bayern mit Sicherheit bisher nicht den Stellenwert, den er in der Politik bräuchte. Frau Aigner wäre mit diesem Thema mit Sicherheit bedient genug. Sie sollte das Thema Energie einer eigenen Stelle zuordnen, um weiterzukommen.

Die Neubesetzung hätte durchaus die Chance geboten, die Schwerpunkte politisch anders zu setzen. Ich traue Herrn Huber zu, mehr Objektivität als in den letzten Jahren in die Staatskanzlei einzubringen. Die Staatskanzlei wurde teilweise als Ersatzpartei-zentrale gesehen. Ich glaube, wir haben genug Aufgaben. Viele Aufgaben sind liegen geblieben, weil wir uns mit der Modellbau-Affäre befasst haben anstatt von einem einsatzfähigen Staatskanzleichef Asylthemen sowie Bundes- und Europathemen ernsthaft bearbeiten zu lassen. Ein Staatskanzleichef sollte zu einem Bundesinnenminister gehen und sagen: Das, was auf dem Gebiet der Asylbewerberbewegungen passiert,

geht nicht, wenn wir von einer sicheren Drittstaatenregelung reden. Ein Staatskanzleichef sollte gegenüber Österreich ebenfalls verhandlungsfähig sein. Wir führen jedoch einen politischen Kleinkrieg wegen der Maut. Österreich droht uns mit einer Verfassungsbeschwerde vor dem EU-Gerichtshof. Stattdessen hätte man sich mit diesen Herrschaften längst an einen Tisch setzen sollen, um Lösungen für Asylfragen zu erarbeiten. Das ist jetzt eine Retourkutsche für all das, was wir ihnen vor die Füße werfen. Eine politisch handlungsfähige Person ist somit nötiger denn je. Deswegen begrüßen wir die Umbesetzung mit Herrn Huber.

Jetzt gehe ich auf die Personalie der neuen Umweltministerin ein. An das Thema gehe ich ganz unverkrampft heran. Wir sollten ihr eine Chance geben. Nicht immer gibt es eine Garantie dafür, dass derjenige der beste Minister ist, der bereits durch drei Ministerien geschickt und schließlich wegbefördert worden ist, wenn er das alte Ministerium vermüllt hatte.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Vielleicht ist es gut, einmal neue Leute heranzulassen. Ich will an dieser Stelle keinen Stab brechen. Wir wünschen der neuen Ministerin von dieser Seite alles Gute. Mir hat imponiert, dass sie sich getraut hat, die dritte Startbahn zu thematisieren. Sie ist bereits in der Vergangenheit von der Parteilinie abgewichen. Trotz ihrer Berufung hat sie es gewagt, daran festzuhalten. Das spricht für sie und für die Möglichkeit, dass politische Vernunft auch in dieser Frage die Bayerische Staatsregierung hoffentlich erreichen wird. Die Donaustaustufe und die Atomlaufzeitverlängerung haben Sie ebenfalls irgendwann an den Nagel gehängt. Weitere Aufzählungen erspare ich Ihnen. Sie sollten die aktuellen Zahlen zur Kenntnis nehmen und feststellen, dass der Zuwachs der Fluggäste am Flughafen Nürnberg minus 10 % beträgt. Die Starts und Landungen betragen am Münchner Flughafen circa minus 4 %. Derzeit besteht kein Bedarf, die dritte Startbahn zu forcieren. Stattdessen sollten wir das innerbayerische Flughafenangebot besser aufeinander abstimmen. Das ist Aufgabe genug. Das ist eine Herausforderung,

bei der wir Sie gerne unterstützen. Ich weiß, Sie haben gute Mitarbeiter und werden uns nicht fragen. Trotzdem wünschen wir auf diesem Weg alles Gute.

Sie werden das Thema Hochwasserschutz weiter begleiten müssen. Dort müssen neue Akzente gesetzt werden. Bisher hat man gesagt, alles sei weitgehend in Ordnung. Schließlich gab es ein Jahrhunderthochwasser. Nun wurde die Ausweisung neuer Polder Hals über Kopf geplant. Wir begrüßen die Polder dort, wo sie hinpassen. Wir fordern jedoch durchaus Fingerspitzengefühl ein. In gewissen Regionen werden beispielsweise hochwertige Gemüsebaustandorte als Polder ausgewiesen. Möglicherweise dürfen die Feldfrüchte nicht mehr verkauft werden, wenn sich dort ein Hochwasser ereignet. Wir müssen uns vielleicht auch einmal mit Leuten anlegen, die bisher zum Lobby-Umfeld der CSU gehören. Diesen wird nicht so gerne die Wahrheit gesagt. Dabei handelt es sich beispielsweise um E.on, ein Unternehmen, das häufig für die Flussbettpflege zuständig ist und hohe Staumauern errichtet. Der Grundwasserspiegel wird angehoben, um die Wasserkraft auszunutzen. Das ist zu begrüßen, solange nichts passiert. Wenn es darum geht, die Flüsse wieder rechtzeitig auszubaggern, um Retentionsvolumen im Flussbett zu schaffen, dann versagt diese Strategie, weil das Geld gespart wird, die Flüsse zu pflegen. Das hat früher der Staat gemacht. Solche Themen muss man mit Fingerspitzengefühl angehen. Liebe Frau Scharf, ich wünsche mir, dass Sie in die Regionen hinausgehen, wo die Landwirte Angst haben, dass ihre Flächen unter Wasser gesetzt werden. Hier sollte es einen Plan B geben, der zielführender wäre. Dieses Thema sollte nicht mit der Parteilinie durchexerziert werden; vielmehr sollten die Menschen draußen mitgenommen werden. Es wird schwer genug sein. Das ist aber vielleicht die Chance für eine neue Person, die noch unverbraucht ist, die Dinge mal neu zu sortieren.

Unter dem Strich glaube ich, dass die Opposition der Regierung an dieser Stelle gut getan hat. Sie wären heute nicht hier; Sie hätten keine neuen Leute berufen. Sie hätten weiter gewurstelt und gesagt: Es ist doch alles in Ordnung. Ich glaube, die Regierung und die Opposition haben genug Arbeit vor der Brust, um Bayern voranzubrin-

gen. Diese neue politische Konstellation ist auf jeden Fall ein Fortschritt gegenüber dem, was bisher an Personal geboten war. Ich erinnere noch einmal daran, dass wir alle miteinander gewählt sind, um Bayern voranzubringen. Dazu soll diese Sitzung heute beitragen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Bause das Wort erteilen. – Bitte schön.

Margarete Bause (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Herr Seehofer, Sie haben gestern im "Münchner Merkur" gesagt, dass sich die Opposition in der Sondersitzung mit Ihnen beschäftigen solle. Mit dem größten Vergnügen! Genau das habe ich vor; denn das miese Bild, das Bayern im Moment abgibt, haben Sie zu verantworten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Lachen bei der CSU)

Wie heißt es so zutreffend? – Der Fisch stinkt vom Kopf her.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seit Wochen, wenn wir die Zeitungen aufschlagen, die regionale und die überregionale Presse, lesen wir jeden Tag vernichtende Überschriften über Ihre Politik: "Erbärmlich und lächerlich", "Totalschaden", "Demontage", "Vom Bankrott der Moral", "Mit Seehofer auf schiefer Ebene", "Pipifax-Politik", "Politik zum Abgewöhnen" usw. usw. Herr Kreuzer, ich weiß nicht, ob das die Überschriften für die erfolgreichste Politik irgendeiner Landesregierung sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dass Sie, Herr Seehofer, mit Ihrer Politik sich selbst und Ihrer Partei schaden, könnte mir gerade recht sein. Damit können Sie gerne weitermachen. Das Problem ist: Sie schaden mit Ihrem Verhalten nicht nur sich, Sie schaden Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie schaden dem Ansehen Bayerns, wenn sich eine Staatskanzleiministerin, Ihre Staatskanzleiministerin, schamlos an der Arbeit von abhängigen Strafgefangenen bereichern kann,

(Widerspruch bei der CSU – Peter Winter (CSU): Vorverurteilung!)

wenn Sie nicht einschreiten dagegen, wenn diese Ministerin den Landtag hinters Licht führt und auch noch versucht, aus der Staatskanzlei heraus die Medien einzuschüchtern. Und ein Ministerpräsident ist nicht Manns genug zu sagen: Jetzt ist Schluss, das machen wir nicht mehr mit. Es brauchte erst diese Sondersitzung, damit Sie den Mut aufgebracht haben, Frau Haderthauer zum Rücktritt zu drängen. Ansonsten würden Sie die Sache weiter träge aussitzen. Das ist ein Schaden für Bayern gewesen, den wir abgewendet haben.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Hans-Ulrich Jörges hat im Übrigen diesen Skandal im "Stern" als "widerwärtigsten Skandal der deutschen Politik" bezeichnet. – Sie schaden dem Ansehen Bayerns, wenn Flüchtlinge hier in unserem reichen Land unter unzumutbaren Bedingungen hausen müssen, Bedingungen, die noch nicht einmal den internationalen Standards entsprechen und wenn Sie, Herr Seehofer, die Lage monatelang eskalieren lassen und die Verantwortung dafür wahlweise nach Italien, an den Bund oder Europa abschieben. Sie stehen hier in der Verantwortung, und Sie werden dieser Verantwortung nicht gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Sie schaden dem Ansehen Bayerns, wenn wir, im Übrigen völlig zu Recht, in der "Abendzeitung" lesen müssen: "Das Bild, das Bayern abgibt, ist bitter – und zum Heulen. Das ist kein Satz von mir, sondern ein Satz aus der "Abendzeitung". Wir GRÜNE haben aber keine Lust, uns fremdzuschämen. Wir haben keine Lust mehr, für Ihr Un-

vermögen und Ihr Versagen in Haftung genommen zu werden. Wir haben keine Lust, dass Bayern zum Gespött wird, weil Sie sich zum Gespött machen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Deswegen ist es richtig, dass wir heute diese Sondersitzung haben, auch nach dem Rücktritt von Frau Haderthauer, weil wir nach all dem, was in den letzten Monaten vorgefallen ist, nicht einfach so zur Tagesordnung übergehen und so tun können, als sei nichts gewesen. Das muss hier zur Sprache kommen. Dem müssen Sie sich stellen. Damit müssen Sie sich auseinandersetzen. Das ist Ihre Verantwortung, und Sie haben versagt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es ist auch gut, dass wir eine Sondersitzung des Sozialausschusses zur Flüchtlingspolitik durchgesetzt haben. Wir haben Sie damit endlich aus Ihrem Tiefschlaf und Ihrer Ignoranz herausgeholt. Fürs Nichtsehen muss man nicht unbedingt blind sein; da reicht schon Ignoranz. Was für ein erbärmliches Bild gibt Bayern momentan in Zirndorf ab, was für ein erbärmliches Bild geben Sie mit Ihrer Politik in Zirndorf ab! Viel zu spät haben Sie für heute zum Flüchtlingsgipfel eingeladen. Wir GRÜNEN haben diesen Gipfel schon vor einem Jahr gefordert. Nur dem immensen Einsatz von vielen Helferinnen und Helfern, von Ehrenamtlichen, Flüchtlingsorganisationen, Kirchen und Helfern auf der kommunalen Ebene ist es zu verdanken, dass noch mehr Schaden von Bayern und von den Betroffenen abgewendet wurde.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das ist eine Themaverfehlung, die Sie hier begehen!)

Deswegen mein großes Dankeschön an all diese Menschen, die sich vor Ort um die Flüchtlinge kümmern und das ausgleichen, was Sie nicht zuwege bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Seit Monaten, Herr Seehofer, kennen Sie kein anderes Thema als die Dauerschleife "Ausländermaut". Dafür ist Ihnen nichts zu viel und nichts zu peinlich. Da wird gedroht und gepoltert. Da werden Maulkörbe verpasst. Da gibt es Krisengespräche bei der Kanzlerin. Da wird die Maut plötzlich zur Koalitionsfrage hochstilisiert, ja fast schon zur Schicksalsfrage dieser Nation gemacht.

(Thomas Kreuzer (CSU): Über was sprechen Sie eigentlich?)

Alle fragen sich: Haben die sie eigentlich noch alle?

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Haben wir in Bayern, Deutschland und der Welt nicht ein paar andere Probleme als die Ausländermaut? Dass die CSU tatsächlich nur eine Provinzpartei ist, das dokumentieren Sie mit Ihren Äußerungen zur Ausländermaut jeden Tag aufs Neue.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Wir würden uns nur einen Bruchteil Ihres Engagements wünschen, wenn es um die Lösung der wirklichen Probleme und Herausforderungen geht, vor denen Bayern steht. Ich nenne wiederum als erstes die Flüchtlingspolitik, das weltweit zunehmende Flüchtlingseleid und unsere Verantwortung als ein Land, das wohlhabend ist und das sich viel auf seine Werteorientierung zugute hält. Da helfen keine Ausflüchte, keine Ausreden, keine Abschottung und keine Grenzkontrollen. Herr Seehofer, Sie sollten einfach mal vor Ort gehen und sich selbst ein Bild von der Lage in Zirndorf machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Kollegin, Frau Wöhrle, hat das getan. Ich finde es mutig, was Frau Wöhrle auf ihrer Website dazu geschrieben hat. Sie schreibt:

Ich bin über die Zustände in den Nürnberger Flüchtlingszelten schlicht schockiert.

Die aktuelle Flüchtlingspolitik wird Bayerns hohen Ansprüchen nicht gerecht und ist ein Schandfleck. Auch wenn in letzter Zeit neue Krisenregionen in der Welt entstanden sind, hatten bereits zuvor alle Prognosen einen Anstieg der Flüchtlingszahlen in der Europäischen Union vorhergesagt. Die bayerische Staatsregierung

– so sagt Ihre CSU-Kollegin im Bundestag –

sowie die Bezirksregierungen haben es schlichtweg unterlassen, rechtzeitig verantwortungsvoll zu handeln.

Selbst jetzt, wo der Notfall eingetreten ist, verschanzt man sich hinter der Bürokratie, statt anzupacken. Bei meinem Besuch habe ich mich geschämt.

Das sind klare Worte Ihrer eigenen Kollegin. Daran sollten Sie sich vielleicht einmal ein Beispiel nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wir werden nachher noch ausführlich zu diesem Thema sprechen und darlegen, welche Vorschläge wir haben. – Es gibt aber noch viele andere Baustellen, die Sie endlich anpacken müssen, etwa die Bildungspolitik. Seit Monaten wird über G 8 und G 9 diskutiert, aber es liegt immer noch kein Konzept auf dem Tisch. Schaffen Sie es endlich, ein zeitgemäßes modernes Gymnasium auf den Weg zu bringen! – Was ist denn eigentlich aus der Energiewende geworden? Redet noch jemand von Ihnen darüber? Herr Seehofer, Sie haben dieses Thema einmal als *das* Generationenprojekt bezeichnet. Heute sind Sie gegen alles. Sie sind gegen Windkraft, Sie sind gegen Speicher,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie sind gegen Netze. Was ist eigentlich aus Ihrem Ehrgeiz geworden, Bayern zum großen Land für erneuerbare Energien zu machen? – Nichts ist daraus geworden.

Wir haben die Umweltpolitik. Heute wird eine neue Umweltministerin vereidigt.

(Zuruf von der CSU – Glocke der Präsidentin)

Natürlich genießt jemand, der so unbedarft ins Amt kommt, Welpenschutz. Die Berufung von Frau Scharf zeigt, wie dünn Ihre Personaldecke ist, insbesondere bei den Frauen. Die Berufung von Frau Scharf zeigt aber auch, welchen Stellenwert die Umweltpolitik bei Ihnen hat. Da braucht es offensichtlich – –

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Margarete Bause (GRÜNE): Ja, ich komme zum Ende. Die Verantwortung dafür haben nicht Sie, Frau Scharf. Wir haben Ihnen auch schon eine Liste von Aufgaben überreicht. Die Verantwortung dafür trägt der Bayerische Ministerpräsident. Sie haben gestern gesagt – –

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Margarete Bause (GRÜNE): Mein letzter Satz, bitte schön. – Herr Seehofer hat gestern gesagt, der beste Schutz gegen die AfD sei eine gute eigene Politik. Wenn das so ist, sieht es für die CSU finster aus.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

(Unruhe)

Darf ich vielleicht um Ruhe bitten? – Der Herr Ministerpräsident hat Frau Ulrike Scharf als neue Staatsministerin im Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz berufen. Die Berufung zur Staatsministerin bedarf gemäß Artikel 45 der Bayerischen Verfassung der Zustimmung des Landtags. Wer der Berufung von Frau Scharf zur Staatsministerin im Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CSU. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die SPD, die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimment-

haltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der FREIEN WÄHLER hat der Landtag gemäß Artikel 45 der Verfassung seine Zustimmung zur Berufung erteilt.

(Alexander König (CSU): Sie haben dort noch eine Zustimmung übersehen!)

– Entschuldigung, wo habe ich sie übersehen? – Eine Zustimmung aus der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei der CSU)

Entschuldigung, das habe ich übersehen. Damit hat der Landtag gemäß Artikel 45 der Verfassung seine Zustimmung zur Berufung erteilt.